

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon 13093. — Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gelbaltene Kolonellzeile oder deren Raum 1.90 M., bei Blankvorschrift 2.30 M., Familienanzeigen die 7 gelbaltene Zeile 1.70 M., Restname-Kolonellzeile 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Verkaufsstellen entgegen.

## Der Rücktritt Wermuths.

### Neu-kommunistische Verlegenheitsausreden.

Berlin, 26. November. (Eigene Drahtmeldung der L. Z.) In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung sprach der Stadtverordnetenvorsteher, Genosse Dr. Weyl, dem scheidenden Oberbürgermeister seinen Dank und das lebhafteste Bedauern über seinen Rücktritt aus. Er erklärte, daß auch erbitterte Gegner des Oberbürgermeisters wahrscheinlich mit lebhaftem Bedauern seinen Schritt aufnehmen werden, angesichts der vielen Schwierigkeiten der Uebergangszeit, die noch zu bewältigen sind. Für die Sozialdemokraten schloß sich der Stadtverordnete Henmann dem Danke an und sprach den Wunsch aus, daß der scheidende Oberbürgermeister doch noch zur Rücknahme seines Gesuches gebracht werden könne. Auch der Genosse Leib gab dem gleichen Gedanken Ausdruck. Von den Neu-kommunisten, die durch ihre Haltung in der Frage des Vertrauensvotums den Rücktritt des Oberbürgermeisters allein verschuldet haben, bestritt der Stadtverordnete Dörr, daß die Haltung seiner Fraktion in der Vertrauenssache den Rücktritt des Oberbürgermeisters verschuldet habe. Auch der demokratische Abgeordnete Dr. Dose schloß sich den Dankesworten des Vorstehers an und erkannte ausdrücklich die außerordentlichen Verdienste und die ungewöhnliche Verwaltungsgabe des Oberbürgermeisters an. Adolf Hoffmann wurde von der Rechten mit dem Ruf: Der neue Oberbürgermeister! und großer Heiterkeit begrüßt. Er erklärte: die Mehrheitssozialisten selbst haben die Schuld, daß der Oberbürgermeister gehen muß. Wir waren gegen ein Vertrauensvotum, weil jemand, der seine Pflicht tut, kein besonderes Verstum nötig hat.

Zur Zeit schwerer noch Verhandlungen im Magistrat sowohl wie zwischen beiden sozialdemokratischen Parteien, um den Oberbürgermeister zu bewegen, auf seinem Posten zu verbleiben. Die Aussichten scheinen indes sehr gering, da der Oberbürgermeister bei seinem Rücktrittsgesuch bleiben will. Er hat die Absicht, sich auf seine Besitzung in seiner Heimat am Deister zurückzuziehen und gedenkt Berlin bald zu verlassen.

## Kohlenabkommen und Transport-schwierigkeiten.

Berlin, 26. November. Die in Paris in diesen Tagen stattgefundenen Verhandlungen mit der Wiedergutmachungskommission über eine anderweitige Regelung des Abtransportes der vereinbarten Lieferung von Kohlen haben noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Von den deutschen Vertretern wurde der Vorschlag gemacht, der ungünstigen Transportlage für die zu liegenden Kohlen durch eine vermehrte Waggongestellung Frankreichs und Belgiens abzuhelfen. Der Vorschlag wurde von französischer Seite mit dem Hinweis abgelehnt, daß die französischen Eisenbahnen zu stark in Anspruch genommen seien. Die Wiedergutmachungskommission versprach eine Waggongestellung von 10 Prozent für den Abtransport der Kohlen. Demgegenüber wiesen die deutschen Vertreter darauf hin, daß dann 10 Prozent der abzuliefernden Kohlenmengen nicht geliefert werden können. Die Verhandlungen werden jetzt mit den Franzosen fortgesetzt.

## Kabinettskrise in Polen.

Berlin, 26. November. (Eigene Drahtmeldung der L. Z.) Der Korrespondent der Rostocker Zeitung meldet aus Warschau über die dortige Kabinettskrise: Bis zum Abgang seines Telegramms war noch nicht entschieden ob der Rücktritt des polnischen Finanzministers Grabski lokalisiert bleibe oder aber den Rücktritt des Gesamtkabinetts Witos-Daszynski nach sich ziehen wird. Gestern und heute vormittag fanden in dieser Frage Sitzungen aller Fraktionen statt. Gegenwärtig verhandelt der Premierminister Witos mit den Vorsitzenden jener Sejm-Fraktionen, die im Kabinett vertreten sind. Alle Mittelparteien sind dafür, daß in Anbetracht der äußerlich schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage die allgemeine Ministerkrise vermieden wird. Weniger sicher ist dagegen die Stellung der äußersten Parteien links und rechts. Daß die Rechte an Stelle des zurückgetretenen Finanzministers Grabski ein anderes Parteimitglied für diesen Posten nominieren könnte, erscheint weniger wahrscheinlich. Es bleibt daher die Möglichkeit, daß an Stelle des bisherigen Koalitionskabinetts eine rein sozialistische Regierung tritt, die im Reichstag kaum auf eine tragfähige Mehrheit rechnen könnte. Gestern soll auch der Handelsminister Chrzanoski, der von der sogenannten Bürgerpartei in die Regierung entsandt wurde, von seiner Fraktion die Aufforderung erhalten haben, seine Demission einzureichen, was die Ministerkrise noch weiter verschärfen würde. Der gerüchtweise als bevorstehend bezeichnete Rücktritt des Kriegsministers wird amtlicherseits in Abrede gestellt. Dagegen sind Gerüchte vom Rücktritt des Generalstabschefs Roswadowski im Umlauf, der mit den Rigauer Unstimmigkeiten wegen des angeblich nicht rechtzeitigen Rückzugs der polnischen Armee hinter die festgestellte Friedenslinie in Verbindung gebracht wird.

## Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Paris, 25. November. Im Kammerausschuß für Auswärtige Angelegenheiten sprach Ministerpräsident Lyautey über die Volksabstimmung in Oberschlesien. Er soll dabei als Abstimmungstermin die Zeit gegen den 5. Januar angegeben haben. Als kritisch bezeichnete er die Frage, ob allen außerhalb Oberschlesiens wohnhaften Oberschlesiern das Stimmrecht verliehen werden soll. Es handle sich um 250—300 000 Deutsche. Das könne eine große Gefahr für die Ordnung bedeuten. Die Interalliierte Kommission werde demnächst ihre Entscheidung in dieser Frage treffen.

Der Vorwärts wendet sich entschieden gegen diese Aeußerung des französischen Ministerpräsidenten. Er sagt: Nie und nimmer würde das deutsche Volk eine Abstimmung, die auf solcher Grundlage den Polen einen leichten Sieg zuspielt, als rechtmäßig anerkennen.

Kattowitz, 26. November. Die internationale Abstimmungskommission hat die Bildung von Abstimmungsausschüssen für alle Gemeinden Oberschlesiens binnen fünf Tagen angeordnet.

### Deutsche Beschwerden.

Kattowitz, 25. November. Der deutsche Plebiszitkommissar in Kattowitz, Urbanek, hat zwei Telegramme an General Bezdow gerichtet. In dem ersten warnt er vor Mißgriffen bei der Umbildung der blauen Polizei. Einbrüche und Morde seien Tagesereignisse. Die Hohe Kommission habe die Verantwortung für die Sicherheit des Landes, die Folgen verfehlter Experimente aber trage das ober-schlesische Volk. Neue schwere Ereignisse ständen ersichtlich bevor. In dem zweiten Telegramm protestiert der deutsche Plebiszitkommissar gegen den Ausschluß sämtlicher Staats- und Kommunalbeamten und Geistlichen von der Teilnahme an den örtlichen Abstimmungsbehörden, da Beamte und Geistliche laut der Reichsverfassung politische Bürger mit allen Rechten und Pflichten seien. Der Kommissar wendet sich weiter gegen die Weisheit von einzelnen Verfügungen nichtöffentlichen Charakters über den Abstimmungsapparat in den einzelnen Kreisen. Die Öffentlichkeit habe ein Recht, darüber zu wachen, daß diese unendlich wichtigen Vorgänge der Abstimmung sich liberal nach klaren, offenen und gleichmäßigen Grundsätzen vollziehen.

## Schießerei in Tarnowitz.

Tarnowitz, 25. November. (M. Z.) In dem bisher schon recht unruhigen Orte Stollarzowitz wurde in der Nacht zum Mittwoch bei einer Hochzeitsfeier ein Wachtmeister der Abstimmungsvorgänge von einem Polen andauernd belästigt, der schließlich eine Ohrfeige davontrug. Darauf wurden die anwesenden 12 Mann der Abstimmungspostei umstellt und mit Karabinern und Pistolen angegriffen. 60 bis 80 Schuß wurden abgegeben. Die telefonische Verbindung wurde abgeschnitten. Der auf dem Schauplatz erscheinende englische Kreisinspektleur wurde angehalten und mußte sich schließlich mit der Waffe Bahn schaffen. Zwei Haupttäbelsführer wurden verhaftet. Die Waffen waren mit einem Schläge verschwunden. Eine Anzahl Personen wurde verletzt.

## Zur Berner Konferenz.

Wie aus einer Veröffentlichung der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hervorgeht, werden die französischen Delegierten, die auf dem Boden der 2. Internationale stehen (Renandel) und die auf Grund der Verhältniswahl in Frankreich für die Konferenz in Bern bestimmt wurden, ihr Mandat nicht ausüben. Die Geschäftsleitung der Schweizerischen Partei erkennt an, daß damit die von einigen Parteien gegen die Besetzung der Konferenz geltend gemachten Bedenken fortfallen.

## Das Ergebnis der Entwaffnungsaktion.

Berlin, 25. November. Nach Mitteilung des Reichskommissars für die Entwaffnung ist das Ergebnis des ersten Teils der Entwaffnungsaktion folgendes:  
Freiwillig abgeliefert, angekauft, beschlagnahmt, sowie von Organisationen und Fabriken angemeldet sind: 925 Gewehre, 17537 Maschinengewehre, 1678 Maschinepistolen, 2 103 441 Gewehre und Karabiner, 76 818 Revolver und Pistolen, 83 941 Handgranaten, 3453 Geschützteile, 245 272 Maschinengewehrteile, 296 802 Gewehrteile, 45 781 151 Stück Handfeuerwaffenmunition.  
Die Einschlebung der Maschinengewehre (8404 Stück) und Gewehre (801 653 Stück) von den Organisationen und Fabriken ist im Gange. Durchsuchungen und Untersuchungen werden nunmehr überall dort stattfinden, wo das Ableserergebnis ungünstig gewesen ist.

## Das Abkommen zwischen Bolschewissen und türkischen Nationalisten.

Amsterdam, 25. November. Reuter meldet aus Konstantinopel: Der aus Ungarn zurückgekehrte Delegierte des Grochwitss berichtet, die Kemalisten seien bereit, über eine Annäherung zu reden, wenn die Mächte zustimmen, daß der Vertrag von Sevres so abgeändert werde, daß der osmanische Staat lebensfähig werde. Weiterhin wird berichtet, daß das Abkommen zwischen Bolschewissen und den Kemalisten die Verpflichtung Kustands enthält, die Türkei finanziell zu unterstützen und zwei Armeekorps nach der Türkei zu entsenden. Die Türkei verpflichtet sich, den russischen Delegierten zu ermöglichen, den Kommunismus in der Türkei zu fördern.

## Scharfmachereien auf dem deutschen Städte-tag.

Ueber die Tagung des Hauptausschusses des deutschen Städte-tags bringt die Presse nur wenig Notizen, aus denen sich die Öffentlichkeit kein Bild von den Verhandlungen, und vor allem von den Beschlüssen, machen kann. Und doch sind diese Verhandlungen besonders für die Arbeiterschaft von großer Wichtigkeit. Erfährt die Öffentlichkeit erst, welche Forderungen dort beschlossen worden, dann gibt es, wie der hannoversche Oberbürgermeister Leinert den Herren sagte, einen großen Entrüstungssturm.

In den früheren Sitzungen des Städte-tags, sogar in denen während des Krieges, sind zuweilen Forderungen aufgestellt und mit Nachdruck vertreten worden, die im Interesse des sozialen Fortschritts gelegen haben; jetzt aber scheint der Städte-tag völlig in reaktionäre Fahrwasser gekommen zu sein.

Eine der brennendsten Fragen für die Städte ist die Wohnungsnot. Etwa eine Million Familien haben in Deutschland keine Wohnung. Die Bauzuschüsse des Reichs und der Staaten an die Gemeinden sind kaum ein Tropfen auf einen heißen Stein, und die Gemeinden selbst sind zu überlastet, daß sie die Mittel für den Wohnungsbau allein nicht aufbringen können. Der Wohnungsbau verlagert vollständig, und wo er sich am Wohnungsbau beteiligt, schließt er die Reichszuschüsse und macht dann mit den Privatgebäuden gute Spekulationsgeschäfte.

Es ist daher selbstverständlich, daß der Städte-tag sich nun ernstlich mit der Wohnungsnot beschäftigen mußte. Aber wie tat er dies? Er behandelte fast ausschließlich die Frage vom Standpunkt der Kapitalbeschaffung. Dabei trat nun eine Scharfmacherei gegen die Mieter zutage, wie man sie sonst nur bei den Industriellen a la Stumm und seinen Nachfahren gewohnt ist. Durch eine Mietsteuer und die Steigerung der Mieten um das Drei- und Vierfache für die vor und während des Krieges gebauten Häuser sollen die Summen ausgebracht werden, mit denen der Wohnungsbau betrieben und auch die alten Häuser neu hergestellt werden sollen. Die Arbeiter und Angestellten, so wurde freilich behauptet, hätten den entsprechenden Lohn und könnten diese Steigerung sehr wohl tragen. Nebenbei, so wurde gesagt, könnte auch aus politischen Gründen eine Wohnungsluzussteuer für die Reichen gefordert werden. Daß diese nicht viel einbringe, wisse man sehr wohl, aber man könne doch nicht der Mieterschaft die ganzen Lasten aufzulegen, ohne auch so zu tun, als ob nicht auch die Reichen mit herangezogen würden. Fasse man in der vorgeschlagenen Weise ordentlich zu, so würde dies Summen ergeben, mit denen ein großer Teil der Wohnungsnot beseitigt werden könnte. Wenn darauf verwiesen werde, daß solche exorbitanten Mietsteigerungen doch nur wieder neue Lohn- und Gehaltsforderungen bringen würden, so sei dies nicht unbedingt richtig; denn Mieter, die heute nur wenig mehr Miete als zur Friedenszeit zahlten, aber die vierfach gestiegenen Löhne und Gehalte hätten, müßten sich eben zu höheren Mietleistungen bekommen, ohne daß sie neue Lohnforderungen stellten. Wie wolle man es rechtfertigen, daß die Mieter der jetzt gebauten teuren Häuser drei- und vierfach höhere Mietbeträge zahlten als die Mieter der früher gebauten Häuser zahlten? Die Mietsteigerungen dürften allerdings nicht vom Grundstücksbesitzer eingestekt werden, sondern müßten zum Bau neuer und zur Wiederherstellung alter Häuser verwendet werden. Der Deutsche Städte-tag fordere daher mit Nachdruck, daß das so vielfach belümmelte Mieteregesetz endlich durchgesetzt werde. Der Regierungsentwurf biete eine geeignete Grundlage für die Forderungen, wie sie der Städte-tag erhebe. Wenn gegen das Gesetz eingewendet werde, es wirke antisozial, so sei dies hinfällig. Die Abgeordneten unter den Vertretern des Städte-tags müßten jetzt endlich ihre ganze Kraft aufbieten, daß das Gesetz bald beraten und verabschiedet werde.

Der Hauptreferent, Syndikus Sembrichy aus Charlottenburg, berichtete sodann über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium, wobei er zum Ausdruck brachte, daß dort keine Leute mit praktischem Verständnis seien, denn sie seien merkwürdigerweise (!) von der Auffassung befangen, daß die Wohnungsnot nicht anders als durch die Sozialisierung des Wohnungsbaus beseitigt werden könnte. Diese Mitteilung rief lebhafteste Entrüstung hervor. Jetzt, wo das Bürgerium und der Kapitalismus wieder obenauf kommen, gibt es in der Reichsregierung immer noch Leute, die an die Sozialisierung glauben! Die Fragen, fuhr der Syndikus fort, seien im Ministerium so gestellt worden: 1. Freie Wirtschaft, 2. Zwangswirtschaft, und 3. Sozialisierung. Die beiden letzten Arten kämen überhaupt nicht in Betracht, die Zwangswirtschaft habe bankrott gemacht, von Sozialisierung könne keine Rede sein. Die Gemeinden sollten als Träger des Wohnungsbaus auftreten, aber nicht etwa in eigener Regie bauen, denn diese habe sich nicht bewährt; also Privatwirtschaft mit staatlicher und gemeindlicher Unterstützung!

Der Frankfurter Stadtrat Landmann unterstrich die Aus-